

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Klimaschutz durch Energieeinsparung und Ökostrom**

Mit der Mitteilung des Senats „Ökostrom für Bremen“ (Drs. 15/629) wird erneut aufgezeigt, dass bei einer Vielzahl öffentlicher Gebäude deutliche Stromsparpotenziale vorhanden sind. Diese müssen aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen erschlossen werden. So kann allein beim Rathaus durch die Kombination von Energieeinsparmaßnahmen und Ökostrombezug in den nächsten 15 Jahren der Ausstoß von ca. 2.800 t Kohlendioxid vermieden werden. Die damit verbundenen Mehrkosten betragen in diesem Gesamtzeitraum lediglich 5.300 DM pro Jahr. Energieeinsparung und Ökostrom fürs Rathaus sind also auch unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit sinnvoll. Bremen würde hiermit ein Zeichen setzen und seine Verantwortung für den Klimaschutz demonstrieren.

Unter Abwägung von Umweltgesichtspunkten und wirtschaftlicher Haushaltsführung müssen weitere Energiesparpotenziale der öffentlichen Gebäude erschlossen werden. Der Stromanteil aus regenerativen Energien soll dabei jährlich um ein Prozent gesteigert werden, bezogen auf den Gesamtenergieverbrauch der öffentlichen Einrichtungen des Landes Bremen. Durch die umgehende Versorgung des Rathauses mit Ökostrom wird der Einstieg in das Modell vollzogen. Die vollständige Ökostromversorgung des Rathauses entspricht einem Anteil von 0,625 % bezogen auf den gesamten Gebäudebestand.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

- für das Rathaus die ermittelten Energieeinsparmaßnahmen und die Umstellung auf 100 % Ökostrom-Bezug umgehend umzusetzen,
- von 2002 an dafür zu sorgen, dass pro Jahr ein Prozent mehr Ökostromanteil bezogen auf den Gesamtstrombezug für die öffentlichen Gebäude realisiert wird,
- ab dem Haushalt 2002 für den Stromverbrauch energietechnisch optimierende Maßnahmen im öffentlichen Gebäudebestand 0,5 Mio. Euro bereitzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Beschluss des Senats, mit einem Programm, das bis Herbst 2001 vorliegen soll, die Stromsparpotenziale im öffentlichen Gebäudebestand auszuschöpfen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, dieses Programm zur weiteren Beratung den Deputationen für Umwelt und Energie, für Bau und Wirtschaft vorzulegen.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen